

PFAS-Funde bremsen neues Wohnquartier

Im Gebiet Feisler in Riniken wurden «Ewigkeitschemikalien» im Boden entdeckt. Das verzögert das Bewilligungsverfahren um Monate.

Simone Brändlin

Wie stark ist die Belastung? Woher stammen die Chemikalien und wer bezahlt am Ende die Sanierung? All das sind Fragen, die sich bei PFAS-Funden immer wieder stellen. Vor Kurzem wurde bekannt, dass die PFAS-Sanierungen im Reichholdareal zwischen Hausen und Lupfig abgeschlossen wurden. Wer dafür jetzt aufkommt, ist nach wie vor nicht geklärt.

Und genau damit muss sich nun auch die Gemeinde Riniken auseinandersetzen. Bei Bodenuntersuchungen im Zusammenhang mit der geplanten Wohnüberbauung Feisler sind PFAS festgestellt worden. Das schreibt der Gemeinderat im aktuellen Mitteilungsblatt. Weil das Ausmass der Belastung derzeit noch unklar ist, will die Gemeinde jetzt auch angrenzende Flächen untersuchen lassen.

Fahrplan der Untersuchung ist unklar

In Neu-Riniken soll zwischen den Mehrfamilienhäusern an der Kirchackerstrasse und dem Waldrand am Bruggerberg ein neues Wohnquartier entstehen. Geplant sind acht Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 48 Eigentumswohnungen, in denen dereinst 100 Menschen wohnen sollen. Ende November 2025 wurde das entsprechende Baugesuch eingereicht. Aktuell befindet sich das Projekt noch im Bewilligungsverfahren.

Nun haben die neuesten PFAS-Funde Auswirkungen auf den Zeitplan. «Auf der Ebene der Bewilligung rechnen wir mit einer Verzögerung von etwa



Auf dem Areal der geplanten Überbauung Feisler wurden PFAS im Boden festgestellt.

Bild: Laura Loosli

sechs bis acht Monaten», sagt Philip Doka, Geschäftsführer von der Wetter Immobilien AG, auf Anfrage dieser Zeitung. Das Immobilienbüro mit Sitz in Baden gehört zur Bauherrschaft.

Welche Folgen die PFAS-Belastung für die Ausführung des Projekts hat, lasse sich derzeit noch nicht abschätzen. Dies könne erst beurteilt werden, wenn die laufenden Untersuchungen abgeschlossen und von Kanton und Gemeinde genehmigt sei, sagt er.

Ebenfalls noch offen sind die finanziellen Folgen der PFAS-Funde in Riniken. Wie

hoch die Mehrkosten ausfallen werden, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beziffert werden, so Doka. Dafür müssten zunächst die Untersuchungsergebnisse vorliegen. Parallel dazu laufen Abklärungen, wer die Kosten für die Analyse und eine allfällige Sanierung tragen müsse.

Tatsächliche Ausdehnung soll festgestellt werden

Wie die Chemikalie überhaupt in den Boden gelangen konnte, ist momentan nicht bekannt. «Die Ursache der Belastung ist derzeit nicht geklärt», schreibt

Gemeindeschreiberin Daniela Hunziker auf Anfrage. Mit den zusätzlichen Untersuchungen will die Riniker Exekutive nun herausfinden, ob sich die Belastung über das eigentliche Bauareal hinaus erstreckt. Hinweise darauf gebe es aber keine. «Auch wir sind überrascht über die Untersuchungsergebnisse», hält Hunziker fest.

Die bisherigen Baggerschlitz hätten sich bereits über verschiedene Bereiche des Areals und teilweise bis in die angrenzende Landwirtschaftszone erstreckt. Die zusätzlichen Unter-

suchungen dienen nun dazu, die räumliche Ausdehnung der Belastung besser beurteilen zu können.

Besondere Aufmerksamkeit gilt indessen dem Bereich des Kreuzwegs sowie den angrenzenden Schrebergärten. Ob sich daraus Nutzungseinschränkungen oder Empfehlungen für die Pächterinnen und Pächter ergeben, könne derzeit nicht gesagt werden, heisst es. Der Gemeinderat kläre zusammen mit den zuständigen kantonalen Fachstellen möglichst rasch ab, ob vorsorgliche Massnahmen angezeigt seien.

Einen verbindlichen Termin, bis wann die Untersuchungen abgeschlossen seien, könne die Gemeinde derzeit nicht nennen. Sobald gesicherte Erkenntnisse vorlägen, werde die Bevölkerung über die Resultate und das weitere Vorgehen informiert, steht im Mitteilungsblatt.

Chemikalien auch bundespolitisch im Fokus

Was genau bedeutet noch einmal PFAS? Das ist eine grosse Gruppe von Industriechemikalien, die unter anderem in Pflanzent, Kosmetika, Outdoorbekleidung und Löschschäumen vorkommen und sich in der Umwelt praktisch nicht abbauen. Daher werden sie auch als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet. Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen sind erst für einige der zur PFAS-Gruppe gehörenden Stoffe erforscht. Studien weisen etwa darauf hin, dass diese krebs-erregend sind oder die Wirkung von Impfungen verschlechtern können.

Auch auf politischer Ebene beschäftigt das Thema PFAS. Nachdem der Bund die Übernahme der neuen EU-Grenzwerte für PFAS verschoben hatte, schickte der Bundesrat Ende Mai strengere Höchstwerte für PFAS im Trinkwasser in die Vernehmlassung. Diese dauerte bis zum 18. September.

Überdies wird im Parlament weiter über die Umsetzung diskutiert. Der Ständerat sprach sich kürzlich dafür aus, den Vollzug neuer PFAS-Höchstwerte vorläufig zu sistieren, bis offene Fragen und Unterstützungsmassnahmen für betroffene Betriebe geklärt sind.

«Den Blick zunächst auf das grosse Ganze richten»

Wasserschloss Plus zeigt sich erfreut über die jüngsten Entscheide der Einwohnerräte Brugg und Windisch zum Stadtraum Bahnhof.

Deborah Bläuer

Die Zukunft des Stadtraums Bahnhof beschäftigt Brugg und Windisch. Hier soll dereinst ein neues Quartier mit mehreren tausend Einwohnenden und Arbeitsplätzen entstehen. Die Testplanung dazu konnte Ende 2025 abgeschlossen werden.

Kürzlich wurde ein weiterer Schritt in Richtung der Entwicklung des Gebietes gemacht. Der Einwohnerrat von Brugg stimmte Anfang September einem Verpflichtungskredit von 498'500 Franken zu.

Der Windischer Einwohnerrat hat dem dafür nötigen Bruttokredit von 1,56 Millionen Franken bereits im Juni zugestimmt. Dass dort über den gesamten Betrag befunden wurde, hat einen einfachen Grund: Die Gemeinde führt für die Projektpartner die Rechnung und holt deshalb den gesamten Kredit ein. An den Kosten beteiligen sich neben Windisch und Brugg auch der Kanton Aargau, die SBB und Brugg Real Estate.



Der Verein sieht im Stadtraum Bahnhof grosse Chancen. Hier die Co-Präsidenten Andreas Heinemann (links) und Dario Abbatiello mit Vorstandsmitglied Doris Sommer.

Bild: Deborah Bläuer

Als Nächstes sollen die Ergebnisse der Testplanung in einem regionalen Sachplan zusammenfliessen können. Der Sachplan soll das gemeinsame Zielbild schärfen und die planerischen Grundsätze behördenverbindlich festlegen. Zudem sollen Arbeiten für die spätere Nut-

zungsplanung vorbereitet werden.

Nun hat sich auch Wasserschloss Plus zu Wort gemeldet. Der 2022 gegründete Verein, der aus mit der Region verbundenen Personen besteht, setzt sich intensiv mit der Zukunft des Stadtraums Bahnhof Brugg Windisch auseinander. So ver-

öffentlicht er auf seiner Informationsplattform diverse Texte dazu.

Positiver Entscheid sei ein klares Zeichen

Am 22. September zeigte sich der Verein in einer Medienmitteilung erfreut über die Gutheissung der beiden Verpflichtungskredite. «Damit kann die Planung voranschreiten und das Potenzial des Stadtraums Bahnhof weiter konkretisiert werden.»

Immerhin gehöre der Stadtraum Bahnhof zu den bedeutendsten Entwicklungsgebieten im Kanton Aargau und biete Chancen für Brugg und Windisch, heisst es in der Mitteilung. «Für den Verein Wasserschloss Plus ist der positive Entscheid der Gemeinden ein klares Zeichen, dass das grosse Potenzial des Gebietes erkannt wird.» Dario Abbatiello, Co-Präsident von Wasserschloss Plus, sagt: «Die Zustimmung ist ein wichtiger Schritt. Damit ist der Weg frei, die vorhandenen Potenziale sorgfältig auszuloten und die Entwicklung gemein-

sam voranzutreiben, um ein lebendiges Quartier zu schaffen.»

Wie hoch sollen die Gebäude sein, wie viele Arbeitsplätze und Parkplätze braucht es und wo sollen Freiräume entstehen? «Mit dem Beginn der nächsten Planungsphase konkretisieren sich verständlicherweise auch die Vorstellungen für dieses grosse Entwicklungsgebiet», ist in der Mitteilung zu lesen. «Aus Sicht des Vereins Wasserschloss Plus gilt es jedoch, den Blick zunächst auf das grosse Ganze zu richten und vernünftige Rahmenbedingungen für eine langfristig erfolgreiche Entwicklung zu schaffen.»

Unterschiedliche Interessen und Anforderungen sollten auf der Grundlage von Fakten und fundierten Analysen aufeinander abgestimmt werden, ohne den möglichen Lösungsraum vorschnell einzuschränken.

Weniger Dichte im Quartier gewünscht

Diskussionslos war die Genehmigung der Verpflichtungskredite in den beiden Einwohnerrä-

ten übrigens nicht verlaufen. Mitglieder beider Parlamente hatten sich für weniger Dichte beim künftigen Bahnhofsquartier ausgesprochen.

Die Stimmen in der Brugger Legislative reichten von dem Wunsch nach «genügend Grünflächen, weniger Versiegelung und Rücksicht auf die bestehenden Wohnquartiere» bis zur Frage, ob das angestrebte Wachstum überhaupt nötig sei.

Und der Einwohnerrat Windisch nahm neben dem Verpflichtungskredit auch zwei Zusatzanträge der SP an. Im einen wurde gefordert, dass sich der Gemeinderat in den kommenden Verhandlungen zum regionalen Sachplan für verschiedene Punkte einsetzt, unter anderem für «weniger Höhe und grosse Grenzabstände». Im anderen verlangte die SP, dass die Exekutive dafür einsteht, dass soziale und ökologische Verpflichtungen verbindlich geregelt und angemessen mitfinanziert werden. Vonseiten der FDP und der SVP gab es Kritik zur tiefen Parkplatzquote.